

Stand: 19.05.2024 14:13:41

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/16324

"Ausbau von Masterstudienplätzen umgehend auf die Agenda setzen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/16324 vom 10.04.2013
2. Plenarprotokoll Nr. 123 vom 11.04.2013
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/17314 des HO vom 05.06.2013
4. Beschluss des Plenums 16/17558 vom 02.07.2013
5. Plenarprotokoll Nr. 130 vom 02.07.2013

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Dr. Sepp Dürr, Simone Tolle, Christine Kamm, Christine Stahl, Susanna Tausendfreund** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Ausbau von Masterstudienplätzen umgehend auf die Agenda setzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur über die Situation des Masterstudiums an bayerischen Hochschulen zu berichten, Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen und ihre konkreten Entwicklungsziele für den Masterbereich darzulegen.

Hierbei soll insbesondere auf den Ausbau von Masterstudienplätzen und die Studienerfolgsquote im Bachelorstudium eingegangen werden.

Der Bericht soll bis spätestens 1. Juni 2013 gegeben werden.

Begründung:

Die Zahl der Studierenden in Bayern ist in den letzten fünf Jahren um 28 Prozent gestiegen. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung Ende letzten Jahres mitteilte, waren im Wintersemester 2012/2013 an Bayerns Hochschulen insgesamt 331.960 Studierende eingeschrieben. Damit stieg die Zahl der Studierenden im Vergleich zum vorangegangenen Wintersemester (320.318) um 3,6 Prozent auf einen neuen Rekordwert. In den letzten fünf Jahren (Wintersemester 2008/2009: 258 839) wuchs die bayerische Studentenschaft um 73 100 Studierende (28,3 Prozent), das entspricht etwa der Einwohnerzahl Bayreuths.

In erster Linie wurden in den letzten Jahren Mittel zur Schaffung neuer Bachelor-Studienplätze investiert. Insgesamt 38.000 zusätzliche Studienplätze haben die bayerischen Universitäten und Fachhochschulen bis zum Jahr 2011 schrittweise aufgebaut. Aufgrund der weiter steigenden Studierendenzahlen standen im Jahr 2012 5.000 von insgesamt 10.000 weiteren Studienplätzen zur Verfügung. Dadurch entsteht ein Missverhältnis zwischen Bachelor- und Master-Studienplätzen.

„Die Beantwortung der Frage, ob es auch in Zukunft „ausreichend“ Masterstudienplätze gibt, ist mit Problemen auf drei Ebenen konfrontiert: Erstens mit den grundsätzlichen Verständnissen der gestuften Studienstruktur, zweitens mit den kapazitären Auswirkungen der Bachelor-/Masterstruktur und drittens mit Problemen auf der statistischen Ebene.“ (Quelle: Beschluss der KMK 29. April 2011)

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert, die Entwicklungen im Masterbereich dringend auf den Prüfstand zu stellen. Ein wesentliches Element hierbei muss die Zukunftsfähigkeit des bayerischen Hochschulsystems im Hinblick auf die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl akademischer Fachkräfte auf Masterniveau für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft sein.

Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern verwiesen, die mit einer pauschalierten bzw. umfassenden Erstattung ausgestattet sind, solange die Haushaltsmittel vorhanden sind. Also: Bildungsfinanzierung nach Kassenlage. Das kann nicht unbedingt das Ziel sein, das in Bayern verfolgt werden sollte.

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

In Bayern besteht die Möglichkeit. Hier gibt es Tarifverträge. Ich selber habe schon Bildungsurlaub genossen, weil ich in Nürnberg bei einem größeren Unternehmen angestellt bin, für das dies eben möglich war.

Es geht also um die Gruppe der Arbeitnehmer, für die das nicht tarifvertraglich geregelt ist, die es voraussichtlich eher in kleinen Unternehmen gibt. Das hat sich in der Debatte schon gezeigt. Hierbei muss man aber berücksichtigen, dass es gerade in kleinen Unternehmen mit einer überschaubaren Anzahl von Arbeitskräften sehr schwierig ist, so etwas zu realisieren. Daher muss man sich sehr genau überlegen, ob man das gesetzlich vorschreiben will.

Frau Brendel-Fischer hat es schon provokant formuliert. Ich hatte auch überlegt, die These aufzustellen: Weil Bayern es nicht hat, geht es Bayern so gut. Ich vertrete diese These nicht, aber es reizt natürlich gerade in einer politischen Debatte in einem Wahljahr, so zu formulieren. Wir haben schon gehört, dass nur ein bis zwei Prozent der Arbeitnehmer diese Möglichkeit in Anspruch nehmen, das heißt, es entsteht viel Bürokratie für etwas, was leider nicht ausgiebig genutzt wird. Und obwohl Bayern es nicht hat, sind wir im oberen Feld. Das hat Frau Brendel-Fischer schon gesagt.

Was will nun die SPD? Wir wissen es nicht. Wir wissen nur, dass sie ein Gesetz will, wissen aber nicht, wie viel Bildungsurlaub sie will, zehn Tage vielleicht. Okay. Wer soll es zahlen? Der Freistaat Bayern, die Arbeitnehmer, die Arbeitgeber?

(Volkmar Halbleib (SPD): Das steht doch im Antrag!)

Ich würde auch sagen: Wer zahlt, bestimmt. Wir können gerade von einem kleinen Metzgereibetrieb nicht verlangen – ich provoziere –, dass er beispielsweise einen Bäckerlehrgang für seinen Arbeitnehmer bezahlt. Das ist nicht sinnvoll. Das kann man einem Unternehmen nicht aufbürden. Auch für den Freistaat Bayern wäre dies wahrscheinlich wenig sinnvoll. Die FDP-Fraktion bevorzugt ganz klar die freiwilligen dezentralen Lösungen.

Es gibt aber nun einmal diese ILO-Konvention, mit der Deutschland gesagt hat: Wir machen da etwas. Ich kann mir grundsätzlich auch eine bundeseinheitliche Regelung unter der Ägide der Bundesagentur für Arbeit vorstellen. Wenn wir Bildung in Zeiten finanzieren, in denen man nicht arbeitet, könnte man auch darüber reden, ob man Bildung finanziert, während man arbeitet. Für mich steht fest: Die Unternehmen dürfen nicht belastet werden. Deswegen sind wir diesbezüglich auch sehr vorsichtig. Man muss darüber reden, wer die Kosten trägt. Bisher ist es meistens der Arbeitnehmer. Die Lohnfortzahlung ist wahrscheinlich das Wichtigste, um das wir ringen werden. Von der SPD gab es auch keinen Finanzierungsvorschlag. Ich könnte jetzt wohl kein Echo so verbreiten, wie dies Herr Hallitzky getan hat.

Wenn wir darüber reden, ob es eine solche Regelung auf Bundesebene geben sollte, was ja Deutschland auch einmal unterschrieben hat, dann frage ich: Warum hat es sie 49 Jahre lang nicht gegeben? Von diesen 49 Jahren hat die SPD 20 Jahre mitregiert,

(Volkmar Halbleib (SPD): Mit der FDP ist das ein Problem!)

mal mit den Liberalen, mal mit den GRÜNEN, mal mit der Union, und zu keiner Zeit gab es einen erfolgreichen Vorstoß für ein Bildungsurlaubsgesetz auf Bundesebene. Daraus lese ich, dass dies der SPD vielleicht doch nicht so wichtig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Widerspruch bei der SPD)

- Möglicherweise. Dies ist eine These.

Jedenfalls bitte ich heute um Ablehnung des Antrags. Wir brauchen keine bayerische Lösung. Wir haben etwas, was sich bewährt hat. Ansonsten diskutiert man solche Sachen aus meiner Sicht auf der Bundesebene. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/16319 seine Zustimmung geben will, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und der FREIEN WÄHLER. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/16320, 16/16321 und 16/16323 mit 16/16325 wer-

den in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich gebe noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Karsten Klein, Dr. Andreas Fischer und anderer und Fraktion (FDP) sowie der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Alexander König und anderer und Fraktion (CSU), betreffend "Bürgerinnen und Bürger vor heimlicher Steuererhöhung beschützen", Drucksache 16/16318 bekannt. Mit Ja haben 95 und mit Nein haben 14 gestimmt. Es gab

30 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Ich bedanke mich für die Mitarbeit. Die Tagesordnung ist abgearbeitet. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und ein gutes Nachhausekommen.

(Schluss: 17.51 Uhr)

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 16/16324

Ausbau von Masterstudienplätzen umgehend auf die Agenda setzen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. In Abs. 1 werden die Worte „im Ausschuss“ durch die Worte „dem Ausschuss“ ersetzt.
2. In Abs. 3 werden die Worte „bis spätestens 1. Juni“ durch die Worte „möglichst noch vor der Sommerpause“ ersetzt.

Berichterstatlerin:
Mitberichterstatter:

Ulrike Gote
Bernd Kränzle

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 84. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und **einstimmig** mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Oliver Jörg
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Dr. Sepp Dürr, Simone Tolle, Christine Kamm, Christine Stahl, Susanna Tausendfreund** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/16324, 16/17314

Ausbau von Masterstudienplätzen umgehend auf die Agenda setzen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur über die Situation des Masterstudiums an bayerischen Hochschulen zu berichten, Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen und ihre konkreten Entwicklungsziele für den Masterbereich darzulegen.

Hierbei soll insbesondere auf den Ausbau von Masterstudienplätzen und die Studienerfolgsquote im Bachelorstudium eingegangen werden.

Der Bericht soll möglichst noch vor der Sommerpause 2013 gegeben werden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Abstimmung

**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln
beraten werden (s. a. Anlage 2)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das war das gesamte Hohe Haus. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 2. Gender Parlament umgesetzt: Bericht über die Maßnahmen zum Abbau des Gender Pay Gap in Bayern!
 Drs. 16/13749, 16/17277 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 2. Gender Parlament umgesetzt: Für mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Musik!
 Drs. 16/13750, 16/17261 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☐	☒	☐

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Zukunft der Vormundschaftsvereine
 Drs. 16/13944, 16/17262 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Thomas Zimmermann, Dr. Otto Hünnerkopf, Markus Blume u.a. CSU, Dr. Otto Bertermann, Dr. Andreas Fischer, Tobias Thalhammer u.a. und Fraktion (FDP)
Bedarf an Krankenhaushygienikerinnen und -hygienikern im Freistaat Bayern decken (I):
Weiterbildungseinrichtungen und -ermächtigungen sicherstellen
Drs. 16/14241, 16/17484 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

5. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Annemarie Biechl u.a. CSU, Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann, Jörg Rohde u.a. und Fraktion (FDP)
Rahmenbedingungen für haushaltsnahe Dienstleistungen verbessern!
Drs. 16/15155, 16/17028 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

6. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. und Fraktion (SPD)
Kappungsgrenze für Mieterhöhungen sofort umsetzen
Drs. 16/15343, 16/17292 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Förderung der Familienpflege in Bayern langfristig sichern
Drs. 16/15389, 16/17276 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

8. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Georg Winter, Martin Bachhuber u.a. CSU, Dr. Otto Bertermann, Brigitte Meyer, Tobias Thalhammer u.a. und Fraktion (FDP)
Förderung der Familienpflege entsprechend ihrer sozial- und familienpolitischen Bedeutung erhalten!
Drs. 16/15479, 16/17282 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umsetzung des Anliegens des Bundestags durch die Bundesregierung für einen nationalen Gedenktag für die Opfer von Vertreibung
Drs. 16/15549, 16/17031 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☐	☒	☐	☒

10. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u.a. und Fraktion (SPD)
Studie zur Wirksamkeit von familienpolitischen Leistungen
Drs. 16/15613, 16/17033 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☒	☐

11. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Markus Rinderspacher SPD
Aufnahme der „Forstlichen Dienstleistungen“ in den Branchenkatalog des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG)
Drs. 16/15699, 16/17034 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☒	☐

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Martin Runge, Margarete Bause, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vorstößen zur Liberalisierung und/oder Privatisierung der Wasserversorgung entgegenzutreten
Drs. 16/15709, 16/17289 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verbesserungen bei der Einbürgerung von Kosovaren
Drs. 16/15742, 16/17293 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

14. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Georg Eisenreich, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU, Karsten Klein, Dietrich Freiherr von Gumpenberg, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP)
Erzieherinnen- und Erzieherberufe haben Priorität im Freistaat Bayern – Qualifizierungsoffensive
Drs. 16/15828, 16/17263 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

15. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Gudrun Brendel-Fischer, Petra Dettenhöfer u.a. CSU, Dr. Andreas Fischer, Brigitte Meyer, Dietrich Freiherr von Gumpenberg u.a. und Fraktion (FDP)
Vereinsvormundschaften im Freistaat Bayern
Drs. 16/15925, 16/17266 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

16. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Franz Schindler, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Frühe Hilfe statt späte Härte für junge Intensivtäter – Prävention von Kinder- und Jugendkriminalität
Drs. 16/15981, 16/17246 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☐	☐	☐	☐

17. Antrag der Abgeordneten Julika Sandt, Tobias Thalhammer, Jörg Rohde und Fraktion (FDP), Josef Zellmeier CSU
Kommunale Mandatsträger verstärkt über Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen informieren
Drs. 16/16013, 16/17040 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☐	☐	☐	☐

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u.a. und Fraktion (SPD), Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Aktionsplan der Staatsregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
Drs. 16/16044, 16/17267 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☐	☐	☐	☐

19. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bereichsausnahme für den Wassersektor in Trilog-Verhandlungen
Drs. 16/16047, 16/17290 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☐	☐	☐	☐

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Soforthilfe für Krankenhäuser!
Drs. 16/16052, 16/17270 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

21. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,
Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schulische Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen
Drs. 16/16138, 16/17502 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

22. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Angelika Schorer,
Alexander König u.a. CSU,
Dr. Andreas Fischer, Renate Will, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Frauen im Polizeidienst
Drs. 16/16170, 16/17337 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

23. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger,
Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Trinkwasser vor der Privatisierung schützen – den Worten müssen Taten folgen
Drs. 16/16245, 16/17288 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umsetzung der Zahlungsrichtlinie: Keine Benachteiligung von kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie Handwerksbetrieben
Drs. 16/16323, 16/17048 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausbau von Masterstudienplätzen umgehend auf die Agenda setzen
Drs. 16/16324, 16/17314 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

26. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bundesregierung muss sich für Realisierung einer Europäischen Frauenquote einsetzen
Drs. 16/16351, 16/17346 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

27. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Reinhold Perlak u.a. und Fraktion (SPD)
Rechtsstaatlichkeit bleibt als Kriterium für die Entwicklung der bayerisch-ungarischen Beziehungen unverzichtbar
Drs. 16/16383, 16/17345 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

28. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Änderung des Telekommunikationsgesetzes datenschutzfreundlich gestalten – Schutz von Bestandsdaten
Drs. 16/16404, 16/17295 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktionsplan der Staatsregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
Drs. 16/16405, 16/17283 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

30. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider, Inge Aures u.a. SPD
Unabhängige Ermittlungen gegen Amtsträger ermöglichen
Drs. 16/16439, 16/17042 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

31. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar u.a. und Fraktion (SPD)
Fachgespräch zur Situation der notärztlichen Versorgung in Bayern
Drs. 16/16455, 16/17485 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

32. Antrag der Abgeordneten Prof. Ursula Männle, Konrad Kobler, Alexander König u.a. CSU,
Dr. Andreas Fischer, Thomas Dechant und Fraktion (FDP)
Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Mittel- und Südosteuropa stärken!
Drs. 16/16502, 16/17342 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

33. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Angelika Schorer, Alexander König u.a. CSU, Dr. Andreas Fischer, Renate Will, Thomas Dechant u.a. und Fraktion (FDP) Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) Drs. 16/16652, 16/17011 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

34. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Angelika Schorer, Alexander König u.a. CSU, Dr. Andreas Fischer, Renate Will, Thomas Dechant und Fraktion (FDP) Salafistische Bestrebungen in Bayern Drs. 16/16653, 16/17013 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

35. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Teilverlagerung des Finanzamts München nach Höchstädt stoppen Geldverschwendung beenden Drs. 16/16706, 16/17255 (A)

Antrag der SPD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

36. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kulturwirtschaft fördern Drs. 16/2817, 16/17356

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

der den Antrag für erledigt erklärt hat

37. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Dr. Thomas Beyer, Bernhard Roos u.a. SPD
Bahnstrecke Marktredwitz – Pilsen wieder ins Kernnetz der Transeuropäischen
Verkehrsnetze (TEN-T)
Drs. 16/16654, 16/17271

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

38. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Annemarie Biechl,
Albert Füracker u.a. CSU,
Dr. Andreas Fischer, Thomas Dechant, Tobias Thalhammer und Fraktion (FDP)
Zwischenbericht zum Schwarzwildprojekt
Drs. 16/17030, 16/17323

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

der den Antrag für erledigt erklärt hat

39. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian Ritter,
Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Polizeibesuch nach Twittermeldung zum Fall Mollath
Drs. 16/17103, 16/17326

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

der den Antrag für erledigt erklärt hat

40. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler,
Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD),
Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Auskunft über möglicherweise weiteren NSU-Terroranschlag 1999 in Nürnberg
Drs. 16/17106, 16/17325

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

der den Antrag für erledigt erklärt hat

41. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Polizeieinsatz wegen Twittermeldung?
Drs. 16/17291, 16/17324

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

der den Antrag für erledigt erklärt hat